

STADT WETTER (RUHR)

Reden der Fraktionen zum Haushalt

2011

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wetter(Ruhr)

Fraktionsvorsitzender John Fiolka

Haushalt-2011

Wetter, 21.12.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach wie vor beträgt das strukturelle Defizit des Haushaltes der Stadt Wetter– *auch wenn man die bisherigen Haushaltsberatungsergebnisse der Fachausschüsse , mit Einsparungen von ca.100 TEUR, einbezieht* - im Ergebnisplan immer noch 7,7 Mio € !

Nach wie vor gilt es, dieses Defizit mittels Haushaltssicherungskonzept (HASIKO) über Ergebnisverbesserungen und Aufwandsminimierungen bis 2014 abzubauen und den Haushalt in einem nachhaltig positiven Zustand zu konsolidieren.

Nur sechs Monate hatte Kämmerer Andreas Wagener, mit **nur einem** Mitarbeiter, Peter Bluszczyk, Zeit , einen neuen Haushaltsentwurf zu erarbeiten.

Dies war eine Kraftanstrengung, für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte.

Geplant war ja, den Haushalt 2011 im Oktober einzubringen. Alles war vorbereitet, nur die Orientierungsdaten 2011-2014 für die Ergebnis- und Finanzplanung lagen noch nicht vor. Ohne sie ist die Planungsbasis für einen genehmigungsfähigen Entwurf zu unsicher. Daher wurde sinnvollerweise beschlossen, die Einbringung des Haushaltes um 2 Monate zu verschieben. Am 23.September kam dann endlich der erwartete Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunen des Landes NRW. **Doch leider brachte er für Wetter keine frohe Botschaft:** Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer brach, trotz der -wenn auch moderaten- gesamtwirtschaftlichen Belebung ein. „Die erwarteten Mehreinnahmen werden“, so der Arbeitskreis Steuerschätzungen, „...durch steuerrechtliche Mindereinnahmen überkompensiert“. Bis 2014 müssen jetzt **zusätzlich 1,1 Mio €** im Ergebnisplan Wetters verkraftet werden! Das bedeutet, dass gegenüber dem Haushalt aus März 2010 diese zusätzlichen Mindereinnahmen im neuen Haushalt kompensiert werden müssen. **Auch kann von einer sozial ungerechten und kommunenfeindlichen Bundespolitik nicht auf eine Entlastung im Sozialkostenbereich gehofft werden, nein, die Kreisumlage wird deshalb weiter steigen!**

Die SPD-Fraktion unterstützt hier aber ausdrücklich den Bürgermeister in seinem Bemühen, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, vor allem, um handlungsfähig zu bleiben.

Sein eingebrachte Haushaltsentwurf sieht **deshalb auch** -zur Kompensation der dargestellten Mindereinnahmen und Belastungen- **nun zusätzlich** zu den Konsolidierungsansätzen des Haushaltes 2010 und des HASIKOS aus März 2010 **eine Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer ab 2011** vor.

Dieses war die Ausgangssituation für die Haushaltsberatungen der Fraktionen. Wie eingangs bereits ausgeführt, brachte die Beratung in den Fachausschüssen lediglich eine zusätzliche Einsparung von 100 TEUR. Alle vorstellbaren und konsensfähigen Konsolidierungsmaßnahmen waren bereits im Haushalt 2010 und seinem HASIKO eingebracht worden.

Gibt es keine Hilfen vom Bund ?

Dazu müssten die Einnahmeausfälle der Kommunen in Folge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorschriften, die zusammen pro Jahr rund 2,3 Mrd. Euro Einnahmeausfälle erzeugen, sofort kompensiert werden. Die SPD lehnt daher das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung entschieden ab, weil es sozial unausgewogen ist und die Kommunen noch weiter stark belastet wird. Die vorgesehenen Eingriffe in die Sozialgesetze, insbesondere im Leistungsrecht des SGB II, in der Arbeitsmarktpolitik oder im Wohngeld, werden die Sozialausgaben der Kommunen noch weiter steigen lassen.

Das gesamte Finanzierungsdefizit der Kommunen wird vermutlich auf rund 15 Mrd. Euro steigen!

Die Bundesregierung und ihre Gemeindefinanzkommission müssen endlich die Hängepartie beenden und ein Gesamtkonzept verabschieden, damit die finanziell gebeutelten Kommunen wieder Planungssicherheit haben. Dazu müsste Bundesfinanzminister Schäuble sein Wort halten, die Gewerbesteuer nicht zu kürzen, um dafür einen kommunalen Zuschlag bei der Einkommenssteuer vorzusehen. Ein solcher Zuschlag würde uns aber noch schlechter stellen.

Helfen würde eine schnelle und nachhaltige Entlastung bei den Sozialausgaben anstatt einer Entlastung der FDP-Lobby, wie der Hotellers, der Banker oder Superreichen.

Dies ist dringendst geboten, da allein Wetter aktuell in einem einzigen Jahr rund 1 Mio € zusätzlich an Soziallasten über die Kreisumlage zu stemmen hat. Und sieht man dazu, wie die Bundesregierung die Ausuferung und menschliche Ausbeutung durch Billiglöhne okzeptiert und keine Mindestlöhne dogegensetzt, werden als Folge des gewollten Sozialabstiegs einer unchristlichen Bundespolitik weitere Belastungen hieraus auf die Kommunen zukommen!

Auch ist die Grundsicherung im Alter keine kommunale, sondern vielmehr eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deshalb ist es richtig, dass der Bund diese Kosten übernimmt. Diese Entlastung muss aber sofort einsetzen. Außerdem bedarf es zusätzlicher Unterstützung bei den Unterkunft- und Heizungskosten für Langzeitarbeitslose.

Die SPD erwartet von der Bundesregierung, dass sie zukünftig keine Entscheidungen mehr zu Lasten der Kommunen trifft. Notwendig ist - so auch der Städte- und Gemeindebund-, die Kommunalfinanzen neu zu ordnen, die Gewerbesteuer zu erweitern und ein Vetorecht der Kommunen bei Gesetzen einzuführen, deren Umsetzung von diesen bezahlt werden müssen.

Dazu darf es auch keine Kürzungen bei der Städtebauförderung geben. Die Kommunen brauchen verlässlich diese Städtebauförderungsmittel, damit sie nach dem Auslaufen des Konjunkturprogramms ihre Investitionen zu Lasten des ortsansässigen Handwerks und der regionalen Unternehmen nicht noch weiter einschränken müssen.

Hier zeigt sich die Doppelmoral dieser Bundesregierung. Diese Entscheidung wird die soziale Spaltung extrem verschärfen, weil vielerorts Quartiersarbeit die finanzielle Grundlage entzogen wird. Die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden wird nachhaltig gemindert. Die schwarz-gelbe Regierung untergräbt hier jede nachhaltige Entwicklung.

Die Zukunft Deutschlands entscheidet sich in den Kommunen – von ihrer Leistungsstärke hängt die Lebensqualität ab. Wenn die Bundesregierung noch einen Funken Verantwortungsgefühl besitzt, muss sie jetzt endlich handeln!

Dazu schrieben im Oktober diverse kommunale Spitzen der Bundesregierung ins Stammbuch, ihre Politik an Grundsätzen der Nachhaltigkeit auszurichten:

„Eine nachhaltige Stadtentwicklung, die ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichberechtigt und auf der Grundlage generationengerechter Finanzen betreibt, ist die beste Basis für die Zukunft unserer Städte.“

Und wie sieht es seitens des Landes aus ?

Hier haben wir es erst einmal mit den Folgewirkungen der alten schwarz-gelben Landesregierung zu tun. Hat sie doch den Kommunen u.a. 130 Mio € Grunderwerbssteuer vorenthalten und die Kommunen zu Unrecht mit 170 Mio € an der Entschuldung des Landes beteiligt

Dagegen setzt jetzt –dem Wähler sei Dank- die neue Ministerpräsidentin Tatkraft! Sie will den Kommunen helfen und ihnen u.a. die vorenthalte Grunderwerbssteuer zurückgeben und mit dem „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ rund 300 Millionen Euro zur Verfügung stellen“, als notwendigem und richtigen ersten Schritt zur Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit.“ CDU und FDP lehnten dies im Landtag zwar ab, fordern aber gleichzeitig eine bessere kommunale Finanzausstattung? **Ein nicht mehr nachvollziehbarer politischer Schlingerkurs. „Von ernsthafter und konstruktiver Politik für unsere Städte und Gemeinden kann da wohl keine Rede mehr sein!“**(Marc Herter)

Ich bin mir aber sicher, dass Hannelore Kraft an der Seite der Kommunen steht und mit einer neuer Politik für NRW und Tatkraft auf Bundesebene hilft, die wirtschaftliche Situation t, nachhaltig zu verbessern. Im Kern in folgenden Bereichen:

- Entlastung bei den Sozialausgaben
- Konsolidierungshilfe des Landes
- Finanzielle Mindestausstattung sicherstellen
- Wer besteuert bezahlt- Konnexität umgebungssicher gestalten

Leider erhält Wetter aktuell keine Schlüsselzuweisungen und kann aus dem Nachtrag der festgesetzten Investitionspauschale lediglich ca. 50 TEUR erwarten.

Positive Effekte können wir aber aktuell aus der Regionalisierung der Novembersteuerschätzung erwarten. Gegenüber den Orientierungsdaten 2011 verbessert sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2011 um 250 Mio € und 2012 um 300 Mio € und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 2011 um 5 Mio € und 2012 um 3 Mio € |

Aufgrund dieser Verbesserung der Ertragsseite hat die SPD-Fraktion – im Sinne unserer Bürger- den Vorschlag unterbreitet, auf eine Erhöhung der Grundsteuer in 2011 zu verzichten!

Die meisten Fraktionen im Rat teilen diese Einschätzung und wollen auf dieser Basis- wie im Hauptausschuss- dem Haushalt zustimmen. Eine gute und wichtige Entscheidung, sichert sie doch die Handlungsfähigkeit u.a. für die nächsten Schritte der Stadtentwicklung, insbesondere für die Sanierung und den Umbau der Unteren Kaiserstraße, was bei Ablehnung des Haushaltes, in einem Nothaushalt sicher nicht weiter möglich wäre!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Natürlich bedeutet diese Entscheidung, auf eine Grundsteuererhöhung in 2011 zu verzichten, nicht, dass sie bis 2014 konstant gehalten werden kann.

Aber die SPD-Fraktion ist guten Mutes. Dank des Krisenmanagements von Peer Steinbrück greifen die seinerzeit getroffenen bundespolitischen Entscheidungen und in der Wirtschaft geht es wieder voran. Gute Aussichten für eine deutliche Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation. Also, warum nicht darauf setzen und die Bürger nicht zusätzlich von kommunaler Seite belasten? im nächsten Haushalt muss die wirtschaftliche Entwicklung für den Zeitraum des HASIKOS neu bewertet werden, **allerdings vor dem Hintergrund möglicher weiterer die Kommunen und Bürger belastenden gelb-schwarzen Lobbypolitik auf Bundesebene.**

Bis 2014 müssen wir sicherlich noch deutliche Konsolidierungsmaßnahmen zum Ausgleich des strukturellen Haushaltsdefizits und zum Schuldenabbau im Rat der Stadt Wetter beschließen. Dies spreche ich heute deutlich aus, damit der SPD-Fraktion z.B. von den GRÜNEN nicht vorgehalten werden kann, sie verkenne die wirtschaftliche Lage. Nein, **Jürgen Übelgünn**, wir wollen den Bürger nicht antizipatorisch belasten. **Wir haben Hoffnung, nicht nur in der Weihnachtszeit, sondern auch aufgrund der neuen Landespolitik und der erwähnten Tatkraft unserer neuen Ministerpräsidentin sowie ihrer Richtungskorrekturen schwarz-gelber, die sozialen Ungerechtigkeiten fördernden Fehlentscheidungen!**

Wir haben aber auch Vertrauen in die uns vom Gemeindeprüfungsanstalt dargelegten Einsparempfehlungen. Viele haben wir im März in das HASIKO aufgenommen. Die Verwaltung hat bereits eine Vielzahl von Maßnahmen entwickelt und potenzielle Einsparungen für die Jahre 2011-2014 daraus abgeleitet. Im Bereich der städtischen Immobilien müssen am Ende der Arbeitskreissitzungen sicherlich noch harte Entscheidungen getroffen werden, um das gesetzte Einsparziel wenigstens annähernd zu erreichen. Aber die SPD-Fraktion wird hier z.B. -nicht aus Haushaltsgründen- eine Grundschule schließen! Da in Wetter nur noch 150 Kinder im Jahr geboren werden, werden sich hier –aus meiner Sicht- kurzfristig automatisch Handlungszwänge ergeben!

Als Handlungsauftrag verstehen wir auch den Elternwillen, nicht mehr die Hauptschule und in deutlich geringerem Umfang die Realschule, stattdessen aber massiv die Gesamtschule als weiterbildende Schulart für ihre Kinder zu wählen. Sie wünschen neben dem Gymnasium ein weiteres Sek II-Angebot –ohne Turboabitur. Durch den drastischen Geburtenrückgang lässt sich eine Gesamtschullösung für Wetter nicht mehr darstellen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Entscheidung des Schulausschusses vom 30.11. beim Landesschulministerium den Finger zu heben und Interesse an einem Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ zu bekunden. Mehr wurde bisher nicht entschieden, auch wenn *Frau Steinhauer* und *Herr Menninger* nicht verstehen wollen, dass wegen der nicht mehr vorhandenen Nachfrage des dreigliedrigen Schulsystems und der drastisch reduzierten Geburtenrate

- a) Keine Gesamtschule mehr realisiert werden kann;
- b) Eine Verbundschule ein Auslaufmodell mit absehbarem Ende und erneutem Handlungsbedarf wäre;
- c) Um einen Schulversuch Gemeinschaftsschule angehen zu können, dies schnellstmöglich angezeigt werden musste und natürlich
- d) Niemand das Gymnasium in Frage stellt, sondern hier sogar eine „Gewinner-Gewinnerstrategie“ möglich ist.

Ein Antrag für eine Gemeinschaftsschule kann frühestens Ende 2011 gestellt werden, wie Schulexperte Dr. Rösner uns erklärt hat. Auf dem Weg dorthin sind verschiedene Hürden zu nehmen, deren wichtigste der zitierte Elternwille ist, der erneut fair und offen über eine Elternbefragung- auf der Basis eines noch zu entwickelnden pädagogischen Konzeptes- als Antragsgrundlage eingeholt werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

erlauben sie mir zum Schluss noch einen Blick auf den bestehenden Beschluss, Einsparungen von 35 TEUR im Sportbereich vorzunehmen. Vor dem Hintergrund der Prüfung der Verwirklichung von verschiedenen BgA Betrieben gewerblicher Art, wie vom Landessportbund beim SfL empfohlen, sollte die Ergebnisse der Verwaltungsgespräche u.a. mit dem Finanzamt zuerst im SfL besprochen werden. Sollte sich dieser Weg nicht gehen lassen erwarten wir aus dem Dialog mit dem SfL einen konsensualen Einsparungsweg. Deshalb haben wir vorgeschlagen, im Haushalt 2011 auf die Umsetzung des vorgenannten Beschlusses zu verzichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

2011 wird somit ein interessantes, ja spannendes Jahr. Die SPD-Fraktion wird bei allen notwendigen Entscheidungen, 2014 aus der Haushaltssicherung zu kommen, soziale Komponenten nicht außer Acht lassen. Ein Kaputtsparen ist mit uns nicht zu machen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)**

Fraktionsvorsitzender

André Dobersch
Hegestr. 33 , 58300 Wetter
Telefon: 02335/681570
E-Mail: A.Dobersch@gmx.de

An den
Bürgermeister der Stadt Wetter (Ruhr)
Herrn Frank Hasenberg

.....

21. Dezember 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine Damen und Herren,

vor drei Monaten hielt der Bürgermeister seine Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2011.

Wir hörten, wie der Bürgermeister eine erste Bilanz zog: Über die Haushaltsberatungen 2010 mit einem breiten Konsens bei der Verabschiedung des Entwurfes, seinen Versuch den Rat für ein „neues Denken und Handeln“ zu gewinnen, der erfolgreichen Umsetzung des Konsolidierungskurses, und wir hörten, dass die Einnahmen durch die Beteiligung an der Einkommenssteuer um 1,1 Mio. Euro einbrechen würden.

Und wie immer, wenn sich der Bürgermeister an einer politischen Bewertung versucht, hatte er auch schnell die Schuldigen für diese Entwicklung ausgemacht. Wen wundert es, dass er „Steuergeschenke der Bundesregierung“ als Grund für das fehlende Geld nannte und damit ein Argument „von außen“ gefunden hatte, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer in einem höheren Maß und vor allem zu einem früheren Zeitpunkt als geplant anheben zu können.

Doch weit gefehlt Herr Hasenberg, die Mindereinnahmen bei der Einkommenssteuer fallen nach der November-Steuerschätzung sowie der Fortschreibung der Orientierungsdaten des Landes deutlich geringer aus (+ 500.000 Euro) und von „Steuergeschenken“ kann keine Rede sein.

Wetter profitiert vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Erinnern wir uns doch an den Anfang des Jahres 2010: Die Bundesregierung verabschiedet das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit einem Umfang von rund 8,5 Mrd. Euro, um mit zielgerichteten und schnell wirkenden steuerlichen Entlastungsmaßnahmen den Weg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ebnen. Vor allem Familien und Kindern kommt der größte Teil der Steuerentlastungen - durch Anhebung der Kinderfreibeträge und Erhöhung des Kindergeldes - zugute (4,6 Mrd. Euro). Nicht zu vergessen, das Bürgerentlastungsgesetz zur besseren Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und die beiden Konjunkturpakete.

Herr Bürgermeister, legen sie doch einfach mal die „Partei-brille“ ab und sehen sie die Erfolge: Mehreinnahmen bei den Steuern für Bund, Länder und Kommunen für die Jahre 2010 bis 2012 in Höhe von geschätzten 61 Mrd. Euro und mit unter 3 Mio. Arbeitslosen die niedrigste Arbeitslosigkeit seit dem Herbst 1992. Und, davon profitiert auch die Stadt Wetter (Ruhr).

Grundsteuer B bleibt 2011 stabil

Wie sonst hätten wir die vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer B für das Jahr 2011 aussetzen können, die nicht nur Hausbesitzer, sondern auch Mieter über die Nebenkostenabrechnungen zusätzlich belasten würde? Nur die zusätzlichen Steuereinnahmen haben es uns erlaubt, die Bürgerinnen und Bürger - welche bereits durch vielfältige Leistungseinschnitte und Gebührenerhöhungen ihren Teil zu der Konsolidierung des kommunalen Haushaltes beitragen - zumindest an dieser Stelle vorerst nicht weiter zu belasten.

Bereits Anfang des Jahres hat die CDU-Fraktion bei den Haushaltsberatungen deutlich gemacht, dass wir Steuererhöhungen nur in dem Maße mittragen, wie sie für die Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2014 geeignet und erforderlich sind. Steuererhöhungen mit Augenmaß haben wir damals die Veranschlagung der Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept (HSK) genannt, und genau an dieser Stelle halten wir auch Wort. Nach bekannt werden der Steuerschätzung im November haben wir die vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer B (+ 157.000 Euro) auf den Prüfstein gestellt und mit breiter Mehrheit im Hauptausschuss abgelehnt.

Verantwortungsvoller Kurs zwischen Konsolidierung und Investitionen

Neben der konjunkturellen Entwicklung und der verbesserten Einnahmesituation gegenüber der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2011, hat auch der Erfolg des eingeschlagenen Sparkurses den Verzicht auf die Erhöhung der Grundsteuer B begünstigt. Und darauf können wir, den Umständen entsprechend - sozusagen als eine erste Zwischenbilanz - durchaus mit Zufriedenheit blicken. Denn nur weil eine breite

Mehrheit des Rates zu Jahresbeginn ein genehmigungsfähiges HSK aufgestellt hat, war es der Verwaltung möglich, einen Weg einzuschlagen, der einen verantwortungsvollen Kurs zwischen Konsolidierung und Investitionen ermöglicht.

Der Nothaushalt konnte verhindert und die kommunale Handlungsfähigkeit gewahrt werden. Wichtige städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, wie beispielsweise die Sanierung der „Unteren Kaiserstraße“, oder notwendige Investitionen bei der Feuerwehr (Fahrzeuge und Gerätehäuser) und im Sport (Sanierung des Waldstadions) konnten vorangebracht werden. Und durch die konsequente Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen des HSK werden wir am Ende des Jahres eine Verbesserung des Ergebnisplans um rund 1,2 Mio. Euro erreichen und den Haushaltsausgleich im Jahr 2014 konsequent weiterverfolgen.

Dies bedeutet, dass wir uns auf einem guten Weg befinden, der allerdings auch mögliche Risiken birgt. Neben Zinsrisiken bei der Finanzierung der Liquiditätskredite, der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und vor allem im Euro-Raum sowie zusätzlicher kommunaler Beteiligungen an den Kosten für Sozialleistungen, haben wir im HSK auch - und das gehört zur Wahrheit dazu - Maßnahmen veranschlagt, deren inhaltliche Umsetzung Politik und Verwaltung noch erarbeiten müssen bzw. die wir gerade erarbeiten.

Einsparungen bei der Unterhaltung von städtischen Gebäuden

Die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen stellte beispielsweise fest, dass sich für die Stadt Wetter (Ruhr) rechnerisch ein Einsparpotential bei der Unterhaltung von städtischen Gebäuden in Höhe von 600.000 Euro ergibt. Der Rat hat bei der Verabschiedung des Haushaltes 2010 beschlossen, dieses Einsparvolumen in voller Höhe im Jahr 2014 zu erreichen. Ein sehr ambitioniertes Ziel

Um dies zu erreichen, hat der Rat auf Antrag der CDU-Fraktion einen Arbeitskreis „städtische Gebäude“ eingerichtet. Ziel des Arbeitskreises ist es, interfraktionell abgestimmte Vorschläge zur Veräußerung bzw. Aufgabe von Gebäuden vorzubereiten, um die Unterhaltskosten dauerhaft zu reduzieren. Aktuell befinden sich die Vertreterinnen und Vertreter in der Bestandsaufnahme und bereisen alle städtischen Gebäude. Danach sollen in einem Abschlussbericht Vorschläge zur Reduzierung der Unterhaltungskosten gemacht werden.

Doch ohne die Diskussion vorweg nehmen zu wollen, wissen wir alle, dass dieses Ziel nicht allein durch den Verkauf des Gebäudes der Seniorenbegegnungsstätte „Karl-Siepmann-Straße“ oder durch eine mögliche Zusammenlegung der Feuerwehrgerätehäuser Wengern und Esborn erreicht werden kann. Vielmehr wird die Frage des Erreichens mit der Zukunft der Schullandschaft beantwortet werden.

Fortschreibung des Haushaltes ohne Alternative

Nun können diese Risiken, wie am Beispiel der städtischen Gebäude beschrieben, unterschiedlich politisch bewertet werden. Die breite Mehrheit des Rates hat sich Anfang des Jahres ein Arbeitspaket geschnürt, dass sie nun gemeinsam mit der Verwaltung zielorientiert abarbeitet, um alles zu versuchen, den Nothaushalt zu vermeiden und die kommunale Handlungsfähigkeit zu bewahren. Erfreulich ist, dass wir nun mit der UWW eine weitere Fraktion des Rates - zumindest bei der Abstimmung im Hauptausschuss - von der Alternativlosigkeit unseres Handelns überzeugen konnten. Doch leider gibt es immer noch eine Fraktion, die sich beharrlich weigert, der Realität und der Notwendigkeit ins Auge zu schauen.

Ja, es sind die Grünen! Sie prägten die Haushaltsberatungen durch notorische Fragezeilen zu allen Erläuterungen im Haushalt. Mal war es ein Komma oder ein Begriff, der vermuten ließ, dass der Haushalt angesichts der Formulierung nicht genehmigt werden könnte. Dann waren es bilanzielle Nachfragen und Erörterungen, die bei den Haushaltsberatungen in aller Ausführlichkeit diskutiert wurden. Immer mit der gleichen Vorgehensweise: Die Fragen wurden nicht vorab der Verwaltung zur Beantwortung mitgeteilt, sondern wie selbstverständlich in der Sitzung gestellt. Dort sollten sie von der Verwaltung beantwortet werden. Und das bei mehr als 600 Seiten im Haushaltsentwurf!

Grüne beantragen Nothaushalt

Schade, dass sich die Grünen bislang nicht haben überzeugen lassen, den eingeschlagenen verantwortungsvollen Kurs zwischen Konsolidierung und Investitionen gemeinsam zu gehen. Gleichwohl kann ich mich nicht des Eindruckes erwehren, dass das Ziel der Grünen auch nicht im Konsens, sondern im Dagegen liegt. Denn wie anders ist es zu erklären, dass am Ende der Haushaltsberatungen im Hauptausschuss der Antrag der Grünen stand, Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 1 Mio. Euro aus dem HSK zu streichen ohne Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu machen? Die Konsequenz wäre, dass wir kein genehmigungsfähiges HSK der Kommunalaufsicht vorlegen könnten und einen Nothaushalt führen müssten.

Meine Damen und Herren, ich möchte es an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Die Ablehnung des Haushaltes durch die Grünen hat nichts mit verantwortungsvoller Kommunalpolitik zu tun. Entgegen der eigenen Grundsätze der vergangenen Jahre haben die Grünen bislang nicht einen Vorschlag zur Konsolidierung des Haushaltes unterbreitet, sondern vielmehr weitere Ausgaben beantragt und den Haushalt abgelehnt. Ohne Rücksicht auf Verluste!

Daher mein Appell an die Fraktion der Grünen: Lassen Sie sich nicht vom Dagegen-Virus ihrer Partei anstecken - so erfolgreich die Spekulationsblase bei den Umfragerwerten ihrer Partei auch im Moment sein mag - sondern übernehmen Sie gemeinsam mit uns Verantwortung für die Menschen in Wetter und stimmen sie dem Haushalts zu!

Gemeinschaftsschule: Wille der Eltern entscheidend

Erlauben Sie mir zum Abschluss der Rede noch einen Ausblick auf das Jahr 2011: Der Schul- und Kulturausschuss hat in seiner Sondersitzung vor ein paar Wochen eine richtungweisende Entscheidung getroffen. Nach dem Willen von SPD, Grünen und BfW soll sich die Stadt Wetter (Ruhr) an dem Schulexperiment zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule beteiligen. Dieses Thema wird uns alle in den nächsten Monaten beschäftigen.

Unabhängig von den verschiedenen Sichtweisen der Parteizentralen in Düsseldorf, ist für mich bei der Gestaltung der zukünftigen Schullandschaft vor Ort folgendes das Wichtigste: Der Elternwille. Der Schulausschuss hat in seiner Sitzung eine Verfahrensweise beschlossen, die die Vorlage eines zeitlichen und pädagogischen Konzeptes vorsieht, über das die Eltern entscheiden werden. Erst dann wird der Rat über die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule für das Schuljahr 2012/2013 abstimmen. Und ich sage es schon heute, eine deutliche Mehrheit im Rat - wie sie für den Modellversuch erforderlich ist - wird es nur mit einer deutlichen Mehrheit beim Elternwillen geben!

Wolf-Laberenz handelt verantwortungslos

Aus diesem Grund bin ich über die Vorgehensweise der Vorsitzenden des Schulausschusses besonders enttäuscht. Neben dem möglichen Gewerbegebiet „Am Stork“ gibt es wahrscheinlich kein anderes Thema, das so emotional besetzt ist, wie die Frage nach der Zukunft der weiterführenden Schulen. Daran zerbrechen schon einmal Koalitionen bzw. entscheiden Eltern anders als Politik. Das Wort vom „Schulkrieg“ macht schnell die Runde.

Warum Sie, Frau Wolf-Laberenz, eine Sondersitzung des Schulausschusses ohne vorherige Ankündigung bzw. Absprache mit den Fraktionen oder der Konzeptgruppe „Schulentwicklung“ einberufen haben, bleibt mir ein Rätsel.

Sie haben sich unkollegial gezeigt und ihr Amt als Vorsitzende ausgenutzt, um einer einzelnen Schulform (Gemeinschaftsschule) in einer „Informationsveranstaltung“ ein Forum zu bieten. Anschließend hat Ihre Fraktion den Antrag gestellt, dass die Verwaltung ein Konzept für die Einrichtung der Gemeinschaftsschule ausarbeitet.

Doch die Aufgabe der Vorsitzenden ist es nicht, sich oder ihrer Partei einen Vorteil in der politischen Diskussion zu verschaffen, sondern einen Prozess zu moderieren. Wenn Sie das nicht können, wie es beispielsweise Ihre Kollegen Westermann und Fiolka getan haben, dann beschränken Sie sich auf die Ausschussarbeit und legen sie den Vorsitz nieder. Denn Ihre Interpretation der Aufgabe gefährdet die sachliche Auseinandersetzung, weil sich die Befürworter anderer Schulformen von Ihrer Vorgehensweise überrumpelt und ausgegrenzt fühlen. Dies provoziert eher Ablehnung, als einen möglichen Schulterschluss und einen breiten Konsens schafft!

Abgesehen davon möchte ich jedoch das eigentlich neue und gute Klima unter den Fraktionen betonen. Nur so war und ist es möglich, Lösungen auch abseits der „großen Politik“ zu finden. Danken möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen, aber auch dem Bürgermeister und der Verwaltung, die diesen neuen Politikstil ermöglicht haben.

Auch wenn es sicherlich nicht immer einfache Diskussionen sind, die wir führen, so ist der Wille aufeinander zuzugehen bei den meisten spürbar, um zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden und verantwortungsvoll Kommunalpolitik zu gestalten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede 2011 der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister und sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung,

ich möchte unserer Haushaltsrede eine Bemerkung voranstellen: Wir möchten in dieser Rede keinen Beitrag zur Generaldebatte leisten. Wir werden uns nicht in Schuldzuweisungen an Bund und Land, aber auch nicht über das politische Klima oder Erfolge und Versäumnisse in Wetter auslassen. Wir wollen uns hier streng auf den Haushalt für das Jahr 2011 und die Perspektive bis 2014 konzentrieren. Von daher entfällt hier auch manches Lob, das sonst auszusprechen wäre. Wir entziehen uns dem wiederholten Vorwurf, immer erst zu loben und dann die schwere Keule der Kritik zu schwingen. Denken Sie sich das Lob, wir schwingen gleich die Keule.

Es ist in der Haushaltsdebatte beliebt, sich populärer Zitate zu bedienen. Ich möchte mich dieser Sitte heute anschließen und mit dem folgenden Zitat beginnen:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde zu erfüllen.“

Diese Verpflichtungserklärung haben wir Ratsmitglieder alle abgegeben. Damit fangen die Schwierigkeiten mit unserem Haushalt an.

- Entspricht es bestem Wissen und Können, einem Haushalt zuzustimmen, dessen Grundlagen wir nicht kennen?
- Wie soll ich die Gesetze beachten und einem Haushalt zustimmen, dessen Aufstellung die Gesetze missachtet?

Ich weiß, Sie mögen es alle nicht mehr hören. Aber wir gehen in das vierte Jahr des NKF und haben immer noch keine Eröffnungsbilanz. Wir haben von den letzten drei Jahren keine Jahresabschlüsse. Das ist wie der Bau eines Hochhauses auf einem Platz, wo der Bauführer gesagt hat, es wäre ein geeignetes Fundament darunter. Gesehen haben wir einen Entwurf, vermessen hat es noch keiner. Der Bauführer erscheint vertrauenswürdig, aber: Würden Sie darauf bauen?

Richtig, es gibt Bauvorschriften, die man einhalten muss. In unserem Fall hätte die geprüfte Eröffnungsbilanz eigentlich laut Gemeindeordnung zum 1.1.2008 vorliegen müssen. Es gab eine erste Verlängerung bis zum 31.12.2008. Das Land hatte noch einmal ein Einsehen und hat es für noch vertretbar erklärt, wenn die Eröffnungsbilanz zusammen mit dem ersten NKF-Jahresabschluss festgestellt wird. Das setzte natürlich voraus, dass der Jahresabschluss ordnungsgemäß in der Frist von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres vorgelegen hätte, also am 31.3.2009. Bei uns wird diese Vorschrift anders interpretiert: Wenn die Eröffnungsbilanz zusammen mit dem ersten NKF-Jahresabschluss festgestellt werden muss, gibt es eben so lange keinen ersten Jahresabschluss, bis die Eröffnungsbilanz fertig ist. Und keinen zweiten, und so weiter. Wie gesagt: Wir bauen inzwischen an der vierten Etage des Hochhauses.

- Nach bestem Wissen und Gewissen und in Achtung der Gesetze?

Ja, es gibt noch einen zweiten Einwand: Wir haben doch den Entwurf der Eröffnungsbilanz bekommen, auf dem alles aufbaut.

Haushaltsrede 2011 der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Aber wie viel ist der noch wert? Der Kämmerer selbst weist ehrlich darauf hin, dass er mit Änderungen, z.B. bei der Bewertung von Straßen und Gebäuden oder bei Sonderposten rechnet, deren Ausmaß und Auswirkungen er nicht einzuschätzen vermag. Denn Änderungen an einzelnen Positionen ziehen auch die Änderung anderer nach sich. Das heißt auch: Wir kennen nicht die ursprüngliche Höhe unserer bereits aufgebrauchten Ausgleichsrücklage und nicht die der allgemeinen Rücklage, wir kennen nicht die Zwischenschritte der Schlussbilanzen 2008 und 2009 – vielleicht liegen wir schon längst auf dem Rücken?

Jedenfalls, der Entwurf der Eröffnungsbilanz, da sind wir uns mit dem Kämmerer einig, kann nicht als belastbare Grundlage angesehen werden. Er hält allerdings den Haushalt trotzdem für genehmigungsfähig. Wir nicht.

Dafür gibt es noch weitere Gründe.

Der Kämmerer ist ein Mann der Zahlen. Die Rechnungen müssen stimmen, und das tun sie im wesentlichen auch. Er hat die Probleme rechnerisch gelöst. Knapp zwar, aber die Rechnung geht gerade so auf.

Damit mag er – als der Mann der Zahlen – seinen Teil geleistet haben und zufrieden sein. Für ihn gibt es von da an zwei Varianten:

Variante a:

Da es keine Konzepte gibt, er aber weiß, dass dringend gespart werden muss, nimmt er das Sparen selbst in die Hand. Er verhängt interne Haushaltssperren und friert bewilligte Mittel ein. Er nennt das „Die Haushaltstitel wurden gegenüber der Planung restriktiv bewirtschaftet.“

Das ist immerhin sparsame Haushaltswirtschaft. Uns wäre es allerdings lieber, wir würden in offener, transparenter und demokratischer Diskussion eine sparsame Haushaltsplanung beschließen, statt es dem Kämmerer zu überlassen, welche der geplanten Maßnahmen umgesetzt werden und welche nicht.

Variante b:

Ob die Inhalte und Konzepte, die hinter den Zahlen stehen, stimmig sind, dafür sind andere verantwortlich: Die jeweiligen Fachbereiche, der Bürgermeister – und wir, der Rat der Stadt.

Das ist aus seiner Sicht richtig und nachvollziehbar. Dieser Teil ist unsere Verantwortung.

Und uns reicht es nicht, wenn die Probleme rechnerisch gelöst sind, ohne dass die Erzielung der geplanten Ergebnisse mit realisierbar erscheinenden Konzepten oder wenigstens den Ansätzen dazu hinterlegt ist. Wir wollen den Haushaltsausgleich nicht nur auf dem Papier. Und das ist im Übrigen auch unsere Verpflichtung: Im §75 Absatz 5 Gemeindeordnung heißt es:

„Weist die Ergebnisrechnung bei der Bestätigung des Jahresabschlusses...trotz eines ursprünglich ausgeglichenen Ergebnisplanes einen Fehlbetrag oder einen höheren Fehlbetrag als im Ergebnisplan ausgewiesen aus, so hat die Gemeinde dies der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Die Aufsichtsbehörde kann in diesem Fall Anordnungen treffen, erforderlichenfalls diese Anordnungen selbst durchführen oder...einen Beauftragten bestellen, um eine geordnete Haushaltswirtschaft wieder herzustellen.“

Sehen wir uns die Zahlen mal etwas genauer an. Bitte richten Sie Ihr Augenmerk auf ein Phänomen, das ich mit „Knick 14“ bezeichnen möchte:

- Bei den Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung finden wir einen Einbruch der Mittel von 2013 auf 2014 von über 70 %. Ganze 168 660 € werden wir im Jahr 2014

Haushaltsrede 2011 der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

zur Verfügung haben, um unsere städtischen Gebäude in Ordnung zu halten.
Konzept ?

Richtig, es gibt den Gebäudearbeitskreis. Der stellt aber zur Zeit nicht nur fest, dass das eine oder andere Gebäude verkauft und damit Unterhaltungsaufwendungen eingespart werden können. Er sieht auch leibhaftig den Sanierungsstau an vielen unserer öffentlichen Gebäude. Wir haben große Bedenken, ob eine Verringerung des Ansatzes in dieser Größenordnung möglich sein wird.

Ich möchte im Übrigen an dieser Stelle davor warnen, dass sich ein Arbeitskreis aus rein finanziellen Erwägungen über die Aufgabe und den Verkauf von Gebäuden unterhält, während in den entsprechenden Fachausschüssen und mit den Betroffenen gar nicht oder mit völlig anderer Tendenz über die Notwendigkeit der selben Gebäude gesprochen wird. Ob es um Schulen, Kindergärten oder Sporthallen geht: Die von uns eingeforderten Konzepte müssen aus der fachlichen Perspektive und im besten Interesse der NutzerInnen erarbeitet werden, nicht vorrangig aus der Perspektive der Gebäudekosten.

- Zurück zum Knick 14: Bei den Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung finden wir ihn wieder. Von 2013 auf 2014 sinkt der Aufwand für die Gebäudebewirtschaftung um über 30 %. Insgesamt halbiert sich der Ansatz nahezu. Konzept? Siehe oben.

Bei näherer Betrachtung des Haushaltssicherungskonzeptes verfestigt sich auch der Eindruck, dass die im Bereich Gebäudemanagement angestrebten Ergebnisverbesserungen zum Teil zwei mal angesetzt sind: Einmal insgesamt in der pauschalen HSK-Maßnahme 62 und dann noch mal einzeln, als Optimierung bei Energieverbrauch, Reinigung usw.

Apropos Energie: Natürlich sind wir sehr froh, dass große Einsparungen durch die energetische Sanierung vor allem an Schulen erzielt werden. Aber ob das solche Ausmaße wie im Haushalt dargestellt erreichen kann, ist doch fraglich. Dass man sich unter anderem entschlossen hat, dem Gymnasium keinerlei Energiekosten mehr zuzurechnen, zeigt die Hilflosigkeit. Irgendwo musste man die Einsparungen ja hinschreiben. Problem rechnerisch gelöst.

- Knick 14 auch in der Jugendhilfe: Bei der Sozialpädagogischen Familienhilfe steigen die Kosten jährlich. Von 2013 auf 2014 fallen sie um 50 000 € .
- Bei Heimunterbringung und betreuten Wohnformen fällt der Ansatz von 2013 auf 2014 ebenfalls um 50 000 €

Dies seien die zu erwartenden ersten Erfolge der neuen Präventionskonzepte und der Frühen Hilfen, wird gesagt. Wir hoffen das inständig. Allerdings sind wir ausgesprochen alarmiert, dass entgegen allen Beschwörungen doch die ersten Töne zu hören sind, dass wir unter Kostengesichtspunkten auch mal über die Standards des Eingreifens in der Jugendhilfe nachdenken müssten.

Merkwürdig ist, dass die in diesen Bereichen anzusiedelnden Haushaltssicherungskonzeptmaßnahmen 42 und 43, massive Einsparungen bei den Hilfen zur Erziehung und bei der Prävention, im Produktbereich der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt nicht zu Einsparungen führen. Es werden nicht 260 000 € weniger ausgegeben. Darüber müsste ich, die ich immer die Streichung der Maßnahmen beantragt habe, mich ja wohl freuen. Dann wäre es allerdings erst recht sinnvoll, sie aus dem HSK heraus zu nehmen.

Haushaltsrede 2011 der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Der Bürgermeister hat in Bezug auf Knick 14 gesagt, unser wichtigstes Ziel müsse der Haushaltsausgleich 2014 und damit der Erhalt unserer Souveränität sein. Richtig. Weiter hat er dazu gesagt, er hätte manchmal den Eindruck, wir wollten verhindern, dass wir den Haushaltsausgleich darstellen können. Falsch. Wir wollen ihn nicht nur darstellen, wir wollen ihn nach Möglichkeit auch erreichen. Dazu ist die erste Voraussetzung, dass wir realistisch planen. Knick 14 trägt nicht dazu bei. Zu einer realistischen Planung gehört außerdem, dass auch die bekannten Vorhaben und Risiken abgebildet werden. Das ist im vorliegenden Entwurf auch nicht der Fall. Ich nenne dazu nur einige Stichpunkte:

- Was ist mit dem Sportplatz am Brasberg? Die Sportler gehen, bestärkt durch zumindest missverständliche Äußerungen, davon aus, dass der Kunstrasenplatz im Zeitraum bis 2014 erneuert wird.
- Was ist mit dem Sportlerheim am Brasberg? Auch damit rechnen die Sportler.
- Was ist mit dem hohen Sanierungsbedarf an den Gebäuden der Kindertagesstätten?
- Wie soll der Neu- bzw. Umbau der Feuerwache Esborn mit 210 000 € finanziert werden?

„Wie werden wir die Kindertagesstätten sanieren?“

Es ist richtig, dass es zu den meisten dieser Punkte noch keine Beschlüsse gibt. Andererseits verträgt der dargestellte Haushaltsentwurf keinerlei zusätzliche Kosten. Wenn wir also den Ausgleich in 2014 wollen, müssen wir uns über diese Punkte klar werden.

Der knappe, wir meinen angesichts der eben dargestellten Sachverhalte viel zu knappe Haushaltsausgleich muss solider abgesichert werden. Daher haben wir auch Vorschläge zur Einnahmeseite erarbeitet. Wir halten es für vertretbar, Grund- und Gewerbesteuern sofort auf den für 2014 geplanten Stand anzuheben. Kleinere Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmeseite haben wir zumindest soweit in die Diskussion gebracht, dass demnächst in den Fachausschüssen darüber beraten wird.

Allerdings sind wir in der Haushaltsdiskussion auf ein Klima gestoßen, das uns überrascht hat. Nachdem beim Haushalt 2010 die Fraktionen doch überwiegend bemüht erschienen, echte Konsolidierungsmöglichkeiten zu finden, scheint das Verständnis diesmal schon wieder ein Anderes zu sein: Es kann ein Haushaltsausgleich dargestellt werden (Problem rechnerisch gelöst) und das reicht aus, die Zügel wieder lockerer zu lassen.

- Auf eine Erhöhung der Steuereinnahmen wird verzichtet, obwohl der Kämmerer im Vorbericht zum Haushalt fast darum bittet,
- Haushaltssicherungsmaßnahmen werden ausgesetzt, weil sie nicht realisierbar seien – sie dienen allerdings sehr wohl zur rechnerischen Problemlösung in den nächsten Jahren,
- dieser und jener Verein braucht dringend noch Zuschüsse und so weiter.

Wir haben vom Bürgermeister gelernt. Zusätzliche, möglicherweise unpopuläre Einsparungsvorschläge haben wir in diesem Klima nicht gemacht. Wir hätten sie ohnehin nicht durchsetzen können. Dann müssen wir uns auch nicht dafür prügeln lassen.

Ja, wir haben auch Anträge gestellt, die das Ergebnis verschlechtern. Ich bin froh, dass wir eine Mehrheit dafür gewinnen konnten, die Aufwendungen für die Unterhaltung unserer Spielplätze nur um 10 000 € zu verringern. Dieser Erfolg ist allerdings eher dem unermüdlichen ehrenamtlichen und von hohem Sachverstand geprägten Engagement der Spielplatzpaten zu verdanken als uns. Ich wäre noch froher, wenn wir auch die

Haushaltsrede 2011 der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Haushaltssicherungsmaßnahmen zur Kürzung der Mittel für die Hilfen zur Erziehung und für die Präventionsarbeit begraben könnten.

Gespannt sind wir darauf, wie in der Öffentlichkeit der Schulbürgerstreich aufgenommen werden wird, unsere neue Brücke nicht zu beleuchten. Fürs Erste jedenfalls bleibt das Lichtkonzept für die Brücke im Dunkeln.

Immerhin soll im Ausschuss darüber geredet werden. Wir werden konstruktive Vorschläge für eine kostengünstige Beleuchtung der Brücke einbringen.

Zum Ende möchte ich den Bogen schlagen zu der am Anfang zitierten Verpflichtungserklärung und den daraus resultierenden Fragen.

Ich fasse zusammen:

- Wir kennen die Grundlagen des Haushaltes nicht.
- Wir halten wesentliche Ansätze für nicht realisierbar.
- Bekannte Kostenfaktoren sind nicht abgebildet, aber auch nicht verworfen.

Der SPD – Fraktionsvorsitzende hat den netten Vorschlag gemacht, auf das Prinzip Hoffnung zu setzen und in Anbetracht früher mehrfach überraschend eingegangener Sonderzahlungen daran zu glauben, dass alles gut wird. Frei nach dem Motto: Und immer wenn Du denkst es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Sümmchen her.

Wir freuen uns immer über Menschen mit einer optimistischen Lebenseinstellung. Aber als Ratsmitglieder fühlen wir uns sachlichen Maßstäben verpflichtet. Wir sehen uns daher nach bestem Wissen und Können nicht in der Lage, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen.

FDP-Fraktion

Im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)
Fraktionsvorsitzende: Doris Hülshoff
Trienendorfer Str. 95
Tel: 02335 / 72116 Fax: 849934
e-mail: Hhuelshoff@t-online.de



21. Dezember 2010

Rede zum Haushalt 2011

Im Frühjahr 2010 haben wir im Rat den Haushalt für 2010 zum ersten Mal mit sehr großer Mehrheit verabschieden können. Heute wird es wohl wieder so sein. Viel hat sich im Haushalt 2011 nicht geändert. In Haushalt und Hasiko sind vielerlei Sparansätze festgeschrieben, die nun allerdings auch umgesetzt werden müssen. Und das geht uns leider einfach nicht schnell genug.

Der Bürgermeister hat bei der Einbringung des Haushaltes die Schuld für die Mindereinnahmen und höheren Ausgaben auf die schwarz-gelbe Bundesregierung geschoben. Natürlich ist die FDP da anderer Meinung.

Denn die jahrelangen strukturellen Defizite, die auch schon unter rotgrünen Regierungen in Bund und Land entstanden sind, sorgen dafür, dass unsere **Schulden in Gestalt der Liquiditätskredite immer größer** werden. Wir alle wissen, dass jeder einzelne Mitbürger in Wetter durch diese Verschuldung mit ca. 2.500 bis 3.000 Euro belastet ist.

Gut, wir sind noch nicht überschuldet, wie viele andere Kommunen in NRW, auch hier in unserer Nachbarschaft, aber das sollte unter keinen Umständen der Maßstab sein. Denn letztlich beruhigend ist ein **Schuldenstand von über 70 Mio** nun wirklich nicht, wenn man neben den Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten des Stadtbetriebs mit hinzu rechnet. Über die Entstehung dieser Schulden habe ich in früheren Haushaltsreden lang und breit gesprochen, dies will ich uns heute ersparen.

Eins muss aber hier an dieser Stelle erneut kritisch angemerkt werden, nämlich dass wir im Rat bis heute immer noch nicht wissen, wie unsere kommunale Bilanz wirklich aussieht. Welche Höhe unser Eigenkapital heute ausweist, kann ja bekanntlich erst aufbauend auf die **Eröffnungsbilanz** gesagt werden. Und die liegt auch nach fast 3 Jahren leider immer noch nicht vor. Wir verkennen überhaupt nicht den Aufwand und auch nicht die Problematik für Kommunen, eine Eröffnungsbilanz

aufzustellen, besonders bei einer so knappen Personal-Konstellation wie hier in Wetter. Aber ich kann schon verstehen, dass der Eine oder Andere hier bei diesem Thema so langsam die Geduld verliert. Der Kämmerer hat ja nun als Termin das Frühjahr 2011 genannt. **Das muss nun aber auch endlich klappen!**

2014 wollen wir aus dem Größten heraus sein. So sieht es das HSK vor. Dann sollen endlich wieder die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. **2014 wollen wir dann einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.** Das wollen wir wohl alle, die FDP will allerdings, dass dies geschieht, ohne dass – wie ursprünglich vorgesehen – die Grundsteuer schon 2011 erhöht wird. **Wenn die Steuererhöhung gekommen wäre, hätten wir den Haushalt ablehnen müssen!**

Wir wollen allerdings möglichst auch **die jetzt festgeschriebene Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer in den Folgejahren vermeiden** und sind zuversichtlich, dass dies auch bei weiterem Sparwillen und sich bessernder Konjunktur möglich sein sollte!

Schon jetzt möchte ich darauf hinweisen, dass nach Meinung der FDP (was sowohl Grundsteuer als auch Gewerbesteuer angeht) **kein Automatismus** Platz greifen darf. Das heißt, dass wir **jeweils jährlich die Hebesätze neu diskutieren** müssen und die jetzt festzuschreibenden Erhöhungen hoffentlich nicht nötig sein werden.

Wir sehen in dem neuen HSK, dass die Verwaltung versucht, ein wenig Dampf zu machen, um die Vorgaben und Anregungen der GPA in die Tat umzusetzen, was die FDP seit Vorlage des GPA-Berichtes immer wieder sehr deutlich gefordert hat. Nur, und ich wiederhole mich hier, uns geht das Alles nicht schnell genug. Dabei möchte ich klarstellen, dass es bei den Konsolidierungsbemühungen **für die FDP absolut kein Tabu-Thema** gibt. Ich denke hier insbesondere auch an den Immobilien-Bereich, in dem sicher besonders großes Konsolidierungspotential steckt. Dabei sage ich ganz offen, diese Besichtigungen der vielen Gebäude durch den Arbeitskreis waren zwar ganz interessant, sind aber für mich nicht gerade zielführend. Hier werden der Kleinmut und die Verzögerungstaktik einiger Fraktionen besonders sichtbar! Denn das Ziel, das ja sowohl Kommunalaufsicht als auch GPA vorgeben, heißt **Trennung von Gebäuden, die eine Stadt für die Durchführung ihrer städtischen Belange nicht wirklich benötigt.**

Einfach ist das wahrlich nicht, es geht ja nicht nur um die Gebäude selbst, sondern deren bisherige Nutzung muss ja für alle Betroffenen zufriedenstellend gelöst werden.

Trotzdem mein Appell: es muss schneller gehandelt werden, wenn wir unser Ziel 2014 erreichen wollen.

Bisher hat ja zum Glück noch keiner aus unseren Reihen vorgeschlagen, die Frist 2014 zu verlängern, was ja wohl nach den Plänen der rotgrünen Landesregierung möglich sein soll. Dies würde allerdings nach Ansicht der FDP sich kontraproduktiv auswirken und den Sparwillen sicherlich aufweichen. Kommunen mit Haushaltsproblemen ist nicht damit geholfen, die Vorgaben für die Haushaltssicherung zu lockern!

Noch wollen wir also alle sparendann muss man aber auch eines der beliebten Tabu-Themen anschneiden, das keine Fraktion gern offen anspricht: **die Zukunft der Schulen**, sowohl was weiterführende Schulen als auch was die Grundschulen angeht. Wir brauchen in den nächsten Jahren keine 7 Grundschulen mehr, wenn es stimmt, dass die Geburtenanzahl so dramatisch sinken wird. Wir haben in den 7 Grundschulen 12 Klassen für die Erstklässler. Schon die GPA hat klar gesagt, dass wir **zu viele Grundschulen** bereithalten. Bei der Diskussion um die weiterführenden Schulen verwendet die SPD-Fraktion die geringen Geburtenzahlen als Argument für den Zeitdruck. Ist dieser Zeitdruck denn bei den Grundschulen nicht viel eher gegeben? Die FDP hat zur Vorgehensweise einen Vorschlag gemacht, der leider abgelehnt worden ist. Ich frage mich wirklich, worauf Sie noch warten wollen.

Etwa auf die Genehmigung von Frau Löhmann für **die Errichtung einer Gemeinschaftsschule**? Ich bin schon sehr gespannt, einmal wie die jetzt vorgesehenen Vorbereitungen aussehen werden und natürlich, ob Düsseldorf bei dieser bisherigen, **wenig überzeugenden Mehrheit** überhaupt mitspielt. Dabei möchte ich ganz klar betonen, dass die FDP überhaupt nicht strikt gegen eine Gemeinschaftsschule ist, wenn es sich denn wirklich als die beste Lösung für unsere Stadt herausstellen sollte. Nur, wie das hier angepackt wurde, hat uns in der Tat schon sehr irritiert. Zumal ich - was die zukünftige Schullandschaft angeht, in der **Einbringungsrede des BM (S. 10)** lese, dass „wir keine Schnellschüsse aus der Hüfte abfeuern und regionalen Konsens suchen sollten“. Für uns als FDP steht im übrigen **ganz klar der Elternwille**, der

vorab erfragt werden soll, an allererster Stelle. Aber das Thema Schule wird uns ja im nächsten Jahr auch weiterhin beschäftigen!

Was den Immobilienbereich als Ganzes angeht, erinnere ich an dieser Stelle noch einmal an **die Einbringungsrede des BM, allerdings die für den Haushalt 2010**. Da heißt es, dass „wir hier nicht mehr alle Interessengruppen und Ortsteile gleichermaßen bedienen können“. Das, so denke ich, gilt auch heute noch und bezieht sich nicht nur auf Schulen sondern auch auf Kindergärten, Sportplätze, Turnhallen, Seniorenbegegnungsstätten usw. Nur, und das möchte ich wiederholen, wenn wir in dem bisherigen Trott weitermachen, und hier spreche ich alle Fraktionen an, kommen wir nicht weiter. Die FDP hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass zügiger gehandelt werden muss, weil uns gerade das **Immobilien-Vermögen viel zu viel Geld kostet**. GPA und Kommunal-Aufsicht weisen darauf hin und auch der Kämmerer in seinem Vorbericht. Nochmals, für die FDP gibt es da kein Tabu-Thema.

Zurück zum Haushalt 2011. Was machen wir nur falsch? Da laden BM und Kämmerer zu einer Information über den Haushalt 2011 in den großen Veranstaltungsraum der Sparkasse ein. Wer kommt? Kaum 10 Personen. Und da lag noch kein Schnee, Traurig, traurig. Dabei hat die Verwaltung schon auf mehrere Veranstaltungen in den einzelnen Ortsteilen verzichtet und nur eine einzige zentrale Veranstaltung durchgeführt. **Vielleicht müssen wir es ja machen wie die Sparkasse: Information und nebenher ein bisschen Show, dazu noch etwas Speis und Trank ...und schon kommen Dutzende, wenn nicht gar Hunderte.**

Es gibt auch Städte, die ihre Sparvorstellung auf der Homepage der Stadt offen zur Diskussion stellten und überrascht sehen mussten, dass die Bürger durchaus Verständnis für vernünftige Sparpläne zeigen und selbst auch noch gute Ideen beisteuern.

Gestört hat mich persönlich sehr, dass eine Fraktion **den Haushalt wohl als Gesellschaftsspiel** angesehen hat und die Mitbürger zum **Mitspielen** eingeladen hat. Für uns ist der Haushalt kein Spiel, sondern leider **bitterer Ernst**. Allerdings glaube ich inzwischen, dass die betreffende Fraktion das Ganze auch selbst nicht so richtig ernst gemeint haben kann, wenn man sieht, mit welchem Eifer und mit welcher Genauigkeit, aber auch **mit welchem Misstrauen** praktisch jede einzelne Zahl des Haushalts in fast allen Ausschüssen noch einmal hinterfragt wurde.

Erstaunlich allerdings, dass diese Befragungen dann darin gipfelten, noch höhere Steuern einzuführen und an manchen Stellen auch kräftig weitere Ausgaben anzusprechen! Aber das liegt ja auch auf der Linie der rot-grünen Minderheitsregierung in Düsseldorf.

Aber - wieder zurück zum Haushalt: **es ist bedauerlich, dass es bisher nicht gelungen ist, unter den Bürgern mehr Interesse für die Haushaltsplanung zu wecken.**

Die Verwaltung – so glaube ich jedenfalls – arbeitet diszipliniert mit bei den Sparansätzen, also was Einsparungen bei Personal- und Sachkosten angeht. Letztere will man weiterhin kräftig kürzen.

Gegen große Teile des Transfer-Haushaltes, der ja inzwischen regelmäßig an die 50 % der Gesamtausgaben ausmacht, kann eine Kommune ja leider kaum etwas ausrichten. Wenn das so weitergeht, muss man tatsächlich um die kommunale Selbstverwaltung fürchten. Aber dieses Problem können wir hier in Wetter leider nicht selber lösen. Und auch die von Düsseldorf versprochene Hilfestellung durch die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes bringt für Wetter gerade mal den mickrigen Kleckerbetrag von 51.000 Euro bei einem Defizit von über 7 Mio Euro!! Kann man als das Hilfestellung der neuen Landesregierung feiern??

Ich glaube, zum Haushalt ist hier und in den Vorreden inzwischen so viel gesagt worden, dass weitere Ausführungen eher überflüssig sind. Ich denke dabei auch an die intensiven Gespräche, die sicher jede Fraktion mit dem Kämmerer geführt hat. Allerdings konnte man in den letzten Sitzungen der Fachausschüsse den Eindruck gewinnen, dass einige dem Kämmerer nicht richtig glauben wollen oder ihn nicht verstehen. Ich hoffe, dass allen Anwesenden klar ist, wie dünn der Ausgleich 2014 geschnitten ist!

Für die FDP möchte ich der **Verwaltung für den Kraftakt**, der jetzt und bis 2014 zu bewältigen ist, schon vorab **viel Erfolg wünschen**. Die Fraktionen ihrerseits sollten bei bestimmten Themen hergehen und über ihren eigenen Schatten springen und auch bei unbequemen Themen mehr Mut zur Entscheidung zeigen. So muss auch so bald wie möglich die Politik Vorgaben machen, welche Aufgaben der Verwaltung wir in Zukunft beibehalten müssen und wollen, und was wegfallen kann.

Bei der **Stadtentwicklung** hält die FDP den Weg für richtig, den wir eingeschlagen haben, auch wenn vieles uns längst nicht schnell genug geht, aber einiges haben wir ja inzwischen auch schon geschafft. Insofern war das abgelaufene Jahr **2010 sicher ein sehr erfolgreiches Jahr**, wenn ich an Seeplatz, Einkaufszentrum, Bahnhofplatz und andere Dinge denke. Jetzt fehlt noch die Kaiserstraße, die umgestaltet werden muss, und bei der wir noch dringend auf Zuwendungen hoffen.

Gleichwohl, mit der Innenstadt-Sanierung und weiteren Gewerbe-Ansiedlungen kann es nicht zu Ende sein. In der nächsten Zeit muss uns der **Umbau der Stadt** auf vielen Gebieten unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung beschäftigen.

Unter diesen Gesichtspunkt fallen vielerlei Bereiche:

- wir begrüßen z.B. sehr das Projekt „**Frühe Hilfen**“, das den Eltern praktisch von der Geburt an Hilfe anbietet,
- Der **Bereich Kindergarten** ist betroffen: (wie viele Plätze werden in Zukunft für welche Erziehungsarbeit benötigt?) Auch das hat letztlich Auswirkungen auf die Immobilien der Stadt.
- ebenso die **Jugendarbeit**, (die sicherlich auch umgestaltet werden muss, was ja auch schon angedacht ist)

Es gilt nachzudenken über Bereitstellung und **Umgestaltung von Wohnbereichen**, Umgestaltungen bei **Verkehr und Straßenbild**, Nachdenken über **Sportstätten und Sporthallen** und über vieles mehr. Die Rücksichtnahme auf die demografische Entwicklung kann also **nicht nur** im Nachdenken über **alte Menschen und Seniorenheime** bestehen, sondern muss auch beinhalten, wie man **junge Menschen, junge Familien** weiter fördert, damit sich Wetter auch für diese Gruppe als attraktive Heimatstadt darstellt. In diesen Bereich gehören natürlich auch die **Überlegungen zu den Schulen** – wie schon oben erwähnt. Nochmal: Bei demnächst nur noch ca. 150 Kindern pro Jahr brauchen wir weniger Grundschulen! Und ob die jetzt eingestielte Gemeinschaftsschule das allein Seligmachende ist, wird die Diskussion noch zeigen. Die Landesregierung schlägt ja auch Städte übergreifende Lösungen vor, über die wir – so glaube ich – noch nicht genügend nachgedacht haben.

Auch im **Kultur-Bereich** wünschen wir uns etwas **mehr Attraktivität** für Wetter. Die Lichtburg leistet sicherlich gute Arbeit, das hat man zuletzt jetzt bei Local Heroes gesehen. Aber in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen und durch clevere Ideen könnte die Kulturlandschaft in

Wetter vielleicht auch ohne viel Geld noch interessanter gestaltet werden.

Seit vielen Jahren rät die FDP zur **Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit**. Hier ist auch schon einiges angepackt worden, aber nach wie vor glauben wir, dass durch Zusammenarbeit noch viele andere Dinge möglich sind. Erstrebenswert wäre aus unserer Sicht auch eine **intensivere Zusammenarbeit mit den umliegenden Universitäten**, deren Schatz an Wissen und innovativen Ideen uns sicherlich auch bei der Umsetzung der vor uns liegenden Aufgaben helfen kann.

Was die heimische **Wirtschaft** und weitere Wirtschaftsansiedlungen angeht, haben wir auch schon angeregt, darüber nachzudenken, in welche Richtung wir die Stadt schicken wollen. Reicht uns diese gute Mischung aus unterschiedlichsten Firmen aus unterschiedlichsten Branchen oder müssen wir **neue Schwerpunkte setzen?** (Neudeutsch nennt man das ja wohl heute „Cluster-Bildung“). Auch dieses Thema wird uns sicherlich weiterhin beschäftigen, die Wirtschaftsförderung wird ja in nächster Zeit – wie von uns angestoßen - auch Untersuchungen in diese Richtung anstellen lassen.

Bei allen Problemstellungen, die noch vor uns liegen, denke ich, **dass die Stadt auf einem guten Weg ist**. Wenn wir alle am **Sparwillen festhalten** und die Dinge nun hoffentlich bald und rasch anpacken, müsste uns der Weg in eine **gute Zukunft** gelingen. **Daran will die FDP gerne mitarbeiten.**

Rede der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Bürger Für Wetter zur Einbringung des Haushaltes 2011

Wetter, den 03.12.10

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,. Alle Jahre wieder möchte ich sagen, wenn ich mir unseren Haushalt des Jahres 2011 ansehe. Sie, meine verehrten Damen und Herren werden mir vielleicht zustimmen können, wenn ich der Ansicht Ausdruck verleihe, dass von einer sehr viel größeren Bedeutung das uns vorliegende Haushaltssicherungskonzept ist. Über mehrere Jahre hinweg haben wir jetzt bereits ein Haushaltssicherungskonzept. Wir haben bereits erhebliche Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung gemacht. Doch trotz Privatisierung von Musik Schule, Freibad, Eibschehalle und obwohl Leistungen und Personal abgebaut wurden, gelingt es uns nicht, den Haushalt nachhaltig zu sichern. Im Gegenteil sind wir, ausweislich des uns nunmehr vorgelegten Haushaltes nicht in der Lage, unsere pflichtigen und Pflichtaufgaben aus unseren laufenden Einnahmen zu decken. Dabei ist es müßig darauf hinzuweisen, dass Bund und Land den Kommunen immer mehr Aufgaben aufgebürdet hat, ohne für eine ausreichende Finanzausstattung zu sorgen, das wissen wir mittlerweile alle. Das bedeutet, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die kommunale Finanzausstattungsgarantie, die in Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes sowie Artikel 78 und 79 der Landesverfassung des Landes Nordrhein Westfalen normiert ist, gebrochen wird!

Ist das wirklich so? Wie würde es denn aussehen, wenn wir die Gewerbesteuer anheben bis es weh tut, dann vielleicht noch ein bisschen Erhöhung der Grundsteuern bis wir uns im sagen wir mal oberen Echteil der Städte in NRW befinden, dazu noch eine Preis Erhöhung kommunaler Gebühren und Entgelte, und siehe da bald haben wir kaum noch Probleme. Dazu noch die eine oder andere Schließung kommunaler Einrichtungen - wo wir noch welche haben- und schon sind wir aus dem größten raus. Und haben eine Suppe die ich nicht auslöffeln möchte, die der Bürger draußen aber auslöffeln hat. Ich kann jedenfalls nicht ausschließen dass uns im Rahmen einer Klage diese Rechnung aufgemacht würde. Dieser Weg bringt uns also langfristig nicht weiter. Aber ich sehe auch einen breiten Konsens, diesen Weg nicht gehen zu wollen.

Wir werden also wohl zunächst einmal weitere eigene Anstrengungen machen müssen, den Haushalt der Stadt möglichst nachhaltig zu konsolidieren. Diese Anstrengungen drücken sich ja auch bereits in dem von uns – übrigens schon mehrfach beschlossenen- Haushaltssicherungskonzept aus. Wir haben jetzt nur noch die Entscheidungen zu treffen, die erforderlich sind, um diesem Haushaltssicherungskonzept zu entsprechen. Betrachten wir aber einmal unsere Handlungsfelder, die Felder auf denen wir Rahmenbedingungen zu setzen haben. Eines der wichtigsten Felder, wenn nicht das wichtigste ist die Schulpolitik. Wie wir mittlerweile wissen wurden nämlich bislang (Stichtag 5. November) nur 133 Kinder geboren. Von diesen Kindern werden nächstes Jahr 240 in Wetter eingeschult. Der Rest (mehr als eine Klasse) wandert ab nach Wilten oder Hagen zur Rudolf-Steiner-Schule oder auch zur Georg-Müller-Schule nach Gevelsberg. Diese niedrige Geburtenzahl von 133 Kindern bedeutet, dass im Schuljahr 2016/2017 maximal 4 Primarklassen zustande kommen, und das bei sieben Grundschulen, die insgesamt zwölf Primarklassen aufnehmen könnten. Wir jedoch, meine Damen und Herren,

haben immer noch kein Konzept, wie wir mit diesen, uns bekannten Zahlen denn nun umgehen wollen. Dennoch bin ich mir sicher, dass Einsparungen im Grundschulbereich oder sogar Schulschließungen nicht erfolgen werden, denn dafür wird schon die hier in Wetter fast sprichwörtliche Protestmentalität sorgen, die auch aus dem politischen Raum sehr oft unterstützt wird. Aber meine Damen und Herren, wenn man populistisch ist, protestieren und schreien kann, dann gewinnt man vielleicht Wählerstimmen, aber eine Stadt entwickeln kann man damit nicht. Die Grundfrage ist: **Sind wir Fraktionsübergreifend in der Lage eine realistische Politik gemeinsam zu gestalten?** Das ist die Kernfrage der wir uns künftig stellen müssen.

Ein weiteres wichtiges Feld das uns Entscheidungen abverlangen wird. Wird der Sportbereich sein, ein vornehmlich freiwilliger Bereich, der aber auch für eine Stadt pflichtige Aufgabenbestandteile wie den Schulsport enthält. Um die Grundversorgung mit einem attraktiven Breitensportangebot dauerhaft sicherstellen zu können, ist die Konsolidierung des Haushaltes durch ein ausgewogenes Haushaltssicherungskonzept unabdingbar. Dazu, zur Erhaltung kommunaler Angebote müssen auch die Sport Vereine ihren Beitrag dazu leisten. Aber ich darf diese Vereine, die ein wichtiges Angebot sozialer Arbeit anbieten, die Breitensport und Jugenderbeit in einem erheblichen Maße prägen, nicht überfordern. Wie ich schon in der Vergangenheit gesagt habe muss ich daher in einen breiten Konsens aller Beteiligten herstellen, einen Konsens, der von Vernunft, nicht von Populismus geprägt ist. Aber das setzt voraus, dass wir, die Fraktionen im Rat zunächst im vernünftigen miteinander Rahmenbedingungen und Handlungsbedarfe definieren. Diese, vom Sinn für Realismus geprägte Diskussion, habe ich bislang vermisst. Stattdessen habe ich den Eindruck gewonnen, dass von der einen oder anderen Seite im Bühnen um die Wählergunst, zum Teil unbegründete, Ängste geschürt werden, die einen konstruktiven Dialog unmöglich machen. Dieser Dialog ist jedoch Grundvoraussetzung für eine, von einer breiten Mehrheit der Bürger der Stadt Wetter getragene, Konsolidierungspolitik.

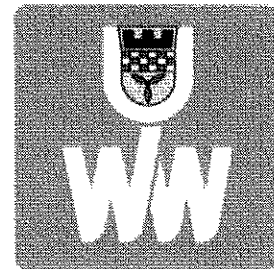
Meine sehr verehrten Damen und Herren, die kommenden Jahre stellen uns, die Fraktionen im Rat der Stadt Wetter vor anspruchsvolle Aufgaben. Wir haben bewährte Strukturen zu erhalten und trotzdem einen Haushalt zu konsolidieren. Diese Aufgaben können wir nur gemeinsam bewältigen. Ich hoffe und ich wünsche uns, zu diesem Miteinander in Verantwortung vor dem Bürger zu finden. Der hier vor uns liegende Haushalt und besonders das Haushaltssicherungskonzept zeigen uns einen Weg auf.

UWW -Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter

Fraktion im Rat der Stadt Wetter

Haushaltsrede 2010 für 2011

Es gilt das gesprochene Wort _____ 21.12.2010



Der einzige Mensch, der sich vernünftig benimmt, ist mein Schneider. Er nimmt jedes Mal neu Maß, wenn er mich trifft, während alle anderen immer die alten Maßstäbe anlegen in der Meinung, sie passten auch heute noch.

George Bernard Shaw, 26.07.1856 - 02.11.1950

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, verehrte Pressevertreter, last but not least - verehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zunächst einmal bedanken wir uns beim Kämmerer und seinem Team. Es wurden zwei Haushaltsentwürfe in einem Jahr vorgelegt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurden zudem viele wertvolle Informationen an die Politiker weiter gegeben.

Es fehlen allerdings noch entscheidende Daten für die Entscheidungsfindung: wie die endgültige Eröffnungsbilanz und damit auch die Ergebnisdaten und Abschlüsse vergangener Perioden.

Gerade ohne diese Daten ist es schwierig die Ansätze für den aktuellen und die kommenden Haushalte zu verifizieren. Auch fehlen noch viele Kennzahlen für eine gesicherte Entscheidung. Wir hatten gehofft, dass der Kämmerer diese Daten schon im Haushaltsentwurf 2011 vorlegen wird. Nun sollen diese wichtigen buchhalterischen Grundsätze im Jahr 2012 erbracht werden.

Dum spiro spero.

Da dies ein zentraler Punkt für unsere Fraktion ist, haben wir uns an höherer Stelle kundig gemacht. Wir erhielten den Hinweis, dass sich der RP in Arnsberg mit dem Thema „Eröffnungsbilanzen“ beschäftigt habe und man dort zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Schwierigkeiten nun mal bestehen und Kommunen nicht zaubern können. Der Stand der Stadt Wetter sei nicht beunruhigend. Sanktionen für die Ratsmitglieder, die einen Haushalt zustimmen – der ohne Bilanzen entstanden ist - bestünden nicht, versicherte man uns.

Nun hören wir in diesem Jahr zum zweiten mal die Reden der politischen Gruppierungen zum Thema Haushalt. Fast könnte man sagen: The same Pozedure as last year. Doch dieses Jahr, und da schließe ich die Ausführungen zum Haushalt

2010 mit ein, scheint etwas anders zu sein. Hier sind plötzlich Mehrheiten entstanden, die ich persönlich im Rat noch nicht erlebt habe und ich bin lange im politischen Raum tätig.

Das erinnert mich an den Spruch von *Marie von Ebner-Eschenbach*
Nicht jene die streiten sind zu fürchten, sondern jene, die ausweichen

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823

Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797

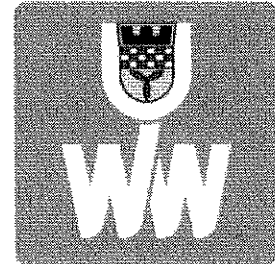
Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9

UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter

Fraktion im Rat der Stadt Wetter

Seite 2 zur Haushaltsrede 2010

Auch in diesem Haushalt erscheinen zwei große Projekte nicht: Der „Stork“ und das „Waldstadion Harkortberg“. Unsere Meinung dazu kennen Sie hinlänglich und ich werde auch bestimmte Begriffe – die unterschiedlich interpretiert wurden – bestimmt nicht wiederholen.



In Phasen weitreichender Veränderungen hilft es jedoch nicht, „immer mehr zu tun“, wenn man die „falschen Dinge tut“. Dies haben wir schon bei der Einbringung des Haushaltes 2010 deutlich gemacht.

Zu den Dingen, die unserer Meinung nach sich negativ für die Bürgerinnen und Bürger auswirken, gehört auch die Bebauung des Sunderweges. Unsere Haltung zu diesem Thema ist bekannt und braucht hier nicht wiederholt werden.

Ebenso ist die Bebauung „An der Borg“ ohne ein neues Verkehrskonzept „Volmarsteiner Süden“ nicht lösbar und daher stimmen wir auch hier nicht zu.

Das haben wir beim Haushalt 2010 deutlich gemacht und auch in allen Abstimmungen konsequent beibehalten. Dem ist für den Haushalt 2011 nichts hinzu zu fügen.

Wesentliche Fortschritte haben die Entwicklung des Innenstadtbereiches und vor allem das Rubrtal-Center und der Bahnhofsbereich gemacht. Ein gelungener Wurf. Der Umbau der Kaiserstraße hat für die UWW eine hohe Priorität. Zwar wird hier sicherlich noch mancher Strauß ums Detail auszufeuchten sein, die bisherigen Beratungen im Rahmen der Lenkungsgruppe Innenstadt zeigen aber positive Ansätze. Wir sind sicher, dass diese Aufgabe ebenso gut gelöst wird wie die bisherigen Ansätze im Bereich Innenstadt.

Die Schulpolitik in Wetter ist - durch den Vorstoß der SPD und Grünen - als solche nicht mehr zu betiteln. Die Gemeinschaftsschule, so wie sie für Wetter nur möglich ist, entspricht dem gescheiterten Antrag zur Gesamtschule. Hier wird uns alter Wein in neuen Schläuchen verkauft.

Im Eilverfahren versucht man auf den fahrenden Zug der Gemeinschaftsschule aufzuspringen und spielt hier mit der Zukunft unserer Kinder, anstatt sich das Für und Wieder, z.B. im Rahmen der Konzeptgruppe, tiefgründig zu beleuchten. Diese Konzeptgruppe war in unseren Augen nur Beschäftigungspolitik /Feigenblattfunktion) und stellt damit in Zeiten knapper Kassen eine absolute Verschwendung von Zeit und Ressourcen da. Wir sehen eine diffuse Zukunft, wenn man sich auf die Alleinige Wunderwaffe der NRW Minderheitsregierung zur Zukunft der Schulen verlässt. Studien, wie z.B. PISA in den führenden Bundesländern ergeben ein gänzlich anderes Bild, als man uns hier durch „Experten“ widerspiegelt. Wir warnen ausdrücklich davor für ein „Projekt“ die gut laufende Realschule zu opfern, nur weil man dem Irrglauben anhängt, mit einer neuen Schule blieben die Auspendler in Wetter.

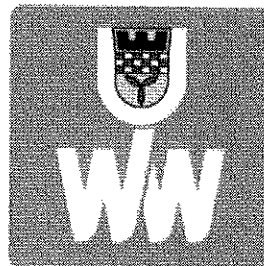
UWW - Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter — Fraktion

Fraktionsvorsitzender: Gerd G. Michaelis Gartenstr. 87a, 58300 Wetter 02335-802823
Stellv. Fraktionsvorsitzender: Manfred Schäfer, Buchenstr. 28. 58300 Wetter 02335-974797
Konto: Stadtparkasse Wetter – Blz. 452 514 80 Konto 630 801 9

UWW -Unabhängige Wählergemeinschaft Wetter

Fraktion im Rat der Stadt Wetter

Seite 3 zur Haushaltsrede 2010



Neben der in Zukunft erschwerten Schulwahl, deren Vielfalt sich dann wohl eher in den Nachbargemeinden wiederfinden lässt, ist auch die sportliche Vielfalt in Wetter Opfer der verfehlten Politik geworden. Base- und Softball, eine Sportart, die seit 20 Jahren in Wetter beheimatet war und in der Blütezeit zwei Vereine mit 300 Aktiven und 7 Mannschaften zählte, ist nur noch in Hagen möglich. Die verzweifelten Kämpfe der Heroes um „Ihren“ Platz wurden nur dem Anschein nach unterstützt und führten letztlich zum Vereinssterben im Spartenbereich Baseball. Erschreckend dabei ist vor allem die Tatsache, dass wenig bis gar keine Initiative aus der Verwaltung im sportlichen Umfeld zu sehen ist. Impulse, Ideen oder Maßnahmen führen immer nur in eine Richtung: Kürzung oder Schließung. Erst durch Hinweise politischer Vertreter oder SFL werden neue Ideen „geprüft“ – hier muss sich kurzfristig etwas ändern, wenn wir nicht auch noch die Bäder und Turnhallen verlieren wollen.

Soweit die Anmerkungen der Unabhängigen Wählergemeinschaft Wetter zum Haushalt.

Wir werden dem Haushalt für das Jahr 2011, sowie dem HASIKO 2011-2014, heute zustimmen, der durch die gemeinsamen Anstrengungen von Rat und Verwaltung zustande gekommen ist. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht, jedoch sind – außer den fehlenden buchhalterischen Erfordernissen – keine Massiven Gründe vorhanden, die eine Ablehnung rechtfertigen würden. Die UWW hofft, dass alle, die heute dem Haushalt zustimmen, auch geschlossen an der Umsetzung des HASIKO mitarbeiten werden.

So sehr wir uns über den breiten Konsens, der erzielt werden konnte, freuen, möchten wir nicht mit in dem vom Bürgermeister geprägten Begriff: „Koalition der Vernünftigen“ betitelt werden.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein erfolgreiches Jahr 2011.